

ausgesuchten Klassen durch ausgesuchte Lehrer erprobt. Dem Curriculum liegt ein „Islam christlichen Zuschnitts“ zugrunde, in dem sich nicht sehr viele Muslime z. Z. wiederfinden können. Die Reaktion ging denn auch vom Lob für die Initiative, verbunden mit leichter Kritik an den Inhalten, bis hin zu einer generellen Ablehnung. Auffällig an der Initiative ist, daß ein Curriculum erarbeitet wurde, obwohl man keinen autorisierten Gesprächspartner auf islamischer Seite hatte. Beim christlichen Religionsunterricht haben die Kirchen bzgl. der Inhalte Mitspracherecht. Es ist fragwürdig, ob der deutsche Staat einen „Islam“ anbieten darf, der in unser demokratisches System „paßt“, und ob er den Religionsunterricht sozusagen als Zwangsjacke bemühen darf, in der langsam aber sicher alle Muslime zur Raison kommen.

Außer in NRW ist auch in *Hamburg* eine Arbeitsgruppe tätig, die ein Curriculum zu schaffen versucht. Sie will allerdings einen anderen Weg gehen, denn sie orientiert sich stark am türkischen Islam und der Unterricht soll auch in türkischer Sprache gegeben werden. Man setzt eben voraus, daß die meisten Muslime in Deutschland Türken sind oder aus der türkischen Tradition stammen. Was geschieht aber dann mit den deutschen, arabischen und pakistanischen Muslimen, und wie soll der Schulleiter die Schulaufsicht vollziehen? Keine leichte Frage.

### Auch die Kirchen vor neuen Problemen

Die Muslime stellen sodann auch die christlichen Kirchen Westeuropas vor neue Probleme in der Pastoral und in der Glaubenserziehung. In allen Ländern registriert man eine wachsende Zahl *christlich-islamischer Ehen*. Noch wirken die kulturellen Unterschiede der beiden Ehepartner wie eine Bremse. In Zukunft wird diese Bremswirkung vermutlich aber nachlassen. Bemerkenswert ist, daß bei den europäisch-christlichen Partnern die religiöse Dimension solcher Ehen kaum Beachtung findet. Ein Zeichen zunehmender Säkularisierung? Dagegen ist der muslimische Partner viel stärker in seiner Tradition verwurzelt, so daß sich generell der europäische Partner eher der islamischen Tradition anpaßt als umgekehrt. Die Kinder aus diesen Ehen werden wie selbstverständlich dem Islam zugeführt. Die Möglichkeit, daß sich die Kinder später selbst für eine der beiden Religionsgemeinschaften entscheiden, wird im allgemeinen ausgeschlossen.

Darüber hinaus wird vom Christen, der ein muslimisches Mädchen heiraten will, verlangt, daß er zum Islam übertritt, da der Islam die Heirat einer Muslimin mit einem

Nichtmuslim verbietet. Wie soll sich nun ein Seelsorger verhalten, wenn der christliche Ehepartner weiter am christlichen Gemeindeleben teilnehmen möchte, aber vor zwei muslimischen Zeugen die schahāda (Glaubensbekenntnis) ausgesprochen hat, um wenigstens seiner „administrativen Bekehrung“ Ausdruck zu verleihen? Darf und kann er ihn noch zu den Sakramenten zulassen? Auch wenn der Islam eine radikale Haltung einnimmt, die mit unserer westeuropäischen Vorstellung von Religionsfreiheit nur schwer zu vereinbaren ist, darf doch nicht leichtfertig, d. h. pro forma, mit dem Glauben anderer umgegangen werden. Die Muslime sehen die Schwachstelle und verlangen vom Neophyten mehr und mehr, daß er einige Stunden islamischen Religionsunterricht in einer Moschee belegt, bevor ihm die Bestätigung der Bekehrung ausgehändigt wird.

Während die deutschen, belgischen und holländischen Kirchen vorerst nur christlich tolerant reagieren müssen, wenn muslimische Kinder in christliche Kindergärten und Schulen aufgenommen werden möchten (vgl. HK, September 1982, 420–421), haben sich Christen in Frankreich und Großbritannien bereits damit auseinanderzusetzen, daß Muslime um Aufnahme in christliche Familienkreise und Verbände bitten. So erregte es in Frankreich Aufsehen, als dieses Frühjahr ein Muslim zum Vorsitzenden eines Ortsverbandes der Christlichen Arbeiterjugend (JOC) gewählt wurde. Muslime werden, so sagt man, von der Atmosphäre, die in den christlichen Verbänden herrscht, angezogen. Von islamischer Seite gibt es ohnehin keine Angebote dieser Art.

Naheliegender ist schließlich auch, daß in der *Glaubensunterweisung* die Präsenz der Muslime berücksichtigt werden muß. Muslime leben heute mit Christen in Europa zusammen, und der Christ muß lernen, auch mit einem Muslim über seinen Glauben zu reden. Dies ist um so notwendiger, da der Muslim sein Wissen über das Christentum lediglich aus dem Koran und der islamischen Tradition bezieht und über das Selbstverständnis der Christen nur ungenügend unterrichtet ist.

Bisher mußten in Europa nur die christlichen Kirchen und der Staat ein Auskommen miteinander suchen. In Zukunft werden wir uns aber damit abfinden müssen, daß die Muslime ihren Platz in der Gesellschaft einfordern. Sie werden sich dabei auf eine über tausendjährige Tradition stützen, die sich zwar außerhalb Europas entwickelt hat, aber mit der europäischen Geistesgeschichte immer in Kontakt war. Für die christlichen Kirchen, den Islam und den Staat beginnt ein Lernprozeß, dessen Ende und Folgen heute noch nicht abzusehen sind. *Hans Vöcking*

## Der „Pinochetismo“ scheitert

### Chile vor einem neuen Umbruch

Bis auf den General selbst, der es nicht wahrhaben will, spricht ganz Chile davon: Die Ära Pinochet geht zu Ende. Als die Armee unter ihrem neuernannten Oberbefehlshaber

am 11. September 1973 die dem wirtschaftlichen Chaos zutreibende Volksfrontregierung Salvador Allendes stürzte, ahnte niemand, daß diese „nationale Ret-

tungsaktion“ sich über zehn Jahre erstrecken würde. Erst auf dem Hintergrund eines rapiden wirtschaftlichen Abstiegs spitzte sich die politische Lage in den letzten Monaten merklich zu. Sie gipfelte in den landesweiten nationalen „Protesttagen“, die über die sich formierende Opposition der Politiker hinaus den breiten Dissens der Bevölkerung offenbarten. General Augusto Pinochet reagierte zunächst mit allen Mitteln repressiver Gewalt und schließlich – entgegen seinen vorherigen Äußerungen – mit einer Reihe politischer Zugeständnisse.

### Pinochets „Demokratie ohne Laster“

Eben diese *Zugeständnisse* (Ankündigung der Zulassung einiger nicht-linksgerichteter Parteien, Einreiseerlaubnis für mehr als 1000 Exilierte, Aufhebung des – inzwischen aber wieder eingeführten – Ausnahmezustands, Verhandlungsbereitschaft mit der Opposition) markieren das Ende des Pinochet-Regimes und das Scheitern des „Pinochetismus“. Am Anfang seiner Herrschaft stand der *programmatische Wille*, Ruhe, Ordnung und Sauberkeit in Chile wiederherzustellen. Die Säuberung des Landes (vom Marxismus, aber auch von moralischem Verfall und von Müllbergen) sollte die ersten Jahre der Militärdiktatur legitimieren, und in den Augen vieler Chilenen tat sie es auch. Der erbarmungslose Kampf gegen Mitglieder, Anhänger und Sympathisanten der „Unidad Popular“, aber auch der Christdemokratischen Partei Eduardo Frei, ließ Ende 1976 nach. Die Zahl der Opfer war unter den Bedingungen des Kriegszustands nicht feststellbar, etwa 30 000 Chilenen waren ins Exil geflüchtet. Die politischen Aktivitäten Pinochets in dieser Zeit dienten ebenfalls dem übergeordneten Ziel, die Spuren des „chilenischen Experiments“ zu beseitigen; die meisten waren restriktiver und repressiver Natur: Ausrufung des Kriegszustandes, Versammlungsverbot, Zensur, Verbot aller politischen Parteien, Errichtung und Ausbau des gefürchteten Geheimdienstes DINA usw. Die unter Allende vorgenommenen Verstaatlichungen wurden größtenteils rückgängig gemacht.

Politisches Profil zeigte Pinochet erst in der zweiten Phase der *Konsolidierung* seines Regimes. Seine bisher vornehmlich reaktive Politik nahm die Konturen einer *auf ihn persönlich zugeschnittenen autoritären Staatsform* an. Der Personalisierung des Regimes diente die Selbstbeförderung Pinochets vom Chef der Militärjunta zum Staatsoberhaupt mit dem Titel Präsident, die Machtbescheidung der Junta auf „gewisse legislative Aufgaben“, die Unterordnung von Luftwaffe und Marine unter „seine“ Teilstreitkraft, das Heer, sowie die Entlassung von Generalen der ersten Stunde und die Vereinigung von militärischem Oberkommando und politischer Führung in einer, seiner Hand. Mit dieser Machtfülle ging General Pinochet an die Konzipierung seiner „neuen Demokratie“.

Bereits im März 1974, ein halbes Jahr nach dem Militärputsch, hatte Pinochet seine „*Declaración de Principios*“ abgegeben, aus der klar lediglich hervorging, daß sein

Regime mehr sein würde als eine Übergangsregierung. Vage ließ er erkennen, daß es sich dabei um eine neue Staatsform mit korporativen Zügen „auf christlicher Basis“ handeln werde, jedenfalls eine „Demokratie ohne Laster“. Kontinuität mit der fast 150jährigen demokratischen Tradition schien bereits damals nicht angestrebt.

1976 setzte Pinochet den „Institutionalisierungsprozeß“ in Gang, der das Verbleiben der Militärs an der Macht legitimieren und vor allem sichern sollte. Zu diesem Zeitpunkt änderten die *Sicherheitsorgane* ihre Methoden: die ebenso ungenierten wie brutalen „Vergeltungsmaßnahmen“ an der politischen Linken, oder was man dafür hielt, ließen allmählich nach. Statt Mord, Entführung und systematischer Folter entwickelte die DINA diskretere Methoden, sogenannte subversive Elemente auszuschalten; die Verbannungen ins Ausland oder in den Norden des Landes nahmen zu. 1977 löste Pinochet unter dem Druck des Auslands die DINA auf und ersetzte sie durch den nationalen Sicherheitsdienst CNI.

Auf dem Hintergrund nachlassender Repression etablierte Pinochet sein politisches System: Im September 1976 werden erste „konstitutionelle Akte“ verkündet – der Versuch, dem Regime einen vorläufigen verfassungsmäßigen Rahmen zu geben. In den Reden des Präsidenten ist die *Ideologie der Nationalen Sicherheit* das vorherrschende Thema, die das Land allein vor der marxistischen Aggression schützen könne. Wie in anderen Ländern Lateinamerikas, vor allem in Brasilien, propagieren die Militärs unermüdlich den „totalen Krieg gegen den äußeren und inneren Feind“. Der Garantie der nationalen Sicherheit ordnet der Staat alle gesellschaftlichen Interessen und Bürgerrechte unter. Für Pinochet stellte die *Doktrin der nationalen Sicherheit* eine willkommene Konkretisierung seines Antikommunismus dar, der einzigen Ideologie, der der machtbewußte Pragmatiker zuneigte, und wohl eher eine Anti-Haltung als eine begründete Überzeugung.

### Diktatur ohne ideologisches Fundament

1977 richtete Pinochet eine Kommission ein, die „mit großer Langsamkeit“, wie die Opposition es zu charakterisieren pflegte, an einem Entwurf zur Vorbereitung einer neuen Verfassung arbeitete. Eine demagogische Glanzleistung des Generals war das *Referendum* vom 4. Januar, bei dem drei von vier Chilenen für Pinochet als den „Verteidiger der Würde Chiles“ stimmten. Indem er die massive Verurteilung Chiles durch die Vereinten Nationen propagandistisch aufwertete, schürte er die Empörung in der Bevölkerung. Der Text des Referendums war so abgefaßt, daß, wer patriotisch wählen wollte, Pinochet wählen mußte; die Stimmabgabe war obligatorisch. Der Chef der Normenkontrollbehörde, der öffentlich Bedenken äußerte, wurde rechtzeitig abgelöst.

Zur weiteren Institutionalisierung des Regimes werden im März 1977 die „im Rezeß“ befindlichen *Parteien*, darunter auch die Christdemokraten per Dekret endgültig aufgelöst, jegliche parteipolitische Tätigkeit *verboten*. Die Pres-

sefreiheit wird noch mehr eingeschränkt, Druck, Vertrieb oder Import von Publikationen müssen zuvor genehmigt werden. Dem Sender der Christdemokraten „Radio Balmaceda“ wird endgültig die Sendeerlaubnis entzogen. Der seit 1974 statt des Kriegszustands herrschende Ausnahmezustand gilt bis 1983 ohne Unterbrechung.

In dem 1979 veröffentlichten Verfassungsentwurf nimmt die künftige Staatsform einer „geschützten und autoritären Demokratie“ („*democracia protegida y autoritaria*“) Gestalt an: Zur „Selbstverteidigung“ dieser Demokratie schreibt der Entwurf dauerhafte Einschränkungen der Grundrechte und die *Entpolitisierung der gesellschaftlichen Gruppen* vor. Der Präsident erhält zusätzliche gesetzgebende Befugnisse. Nachdem Pinochet die Verabschiedung der Verfassung sowie Zusagen über den Zeitpunkt der Machtübergabe an eine zivile Regierung über ein Jahr lang hinausgezögert hatte, entstand Unruhe unter der Bevölkerung, vor allem an den Universitäten. Pinochet reagierte mit einem eilig anberaumten Plebiszit, in dem alle wahlberechtigten Chilenen mit einem einzigen Ja oder Nein über dreierlei abstimmen mußten: einen (überarbeiteten) Verfassungsentwurf, das Verbleiben Pinochets an der Spitze des Staates und über ein Paket von restriktiven Übergangsbestimmungen bis zum Inkrafttreten der Verfassung im Jahre 1989(!). In dem Referendum vom 11. September stimmten 67 Prozent mit Ja, 30 Prozent mit Nein. Dieses Ergebnis diente Pinochet in allen folgenden Krisensituationen als Legitimation seiner Herrschaft durch die Mehrheit des Volkes. Die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse war auf frühestens 1989, im Falle einer (vorgesehenen) Verlängerung der Amtszeit Pinochets auf 1997 hinausgeschoben. Er denke nicht daran, die politischen Parteien wiederzuzulassen, erklärte Pinochet wiederholt; er werde ihre Führer „in die Löcher zurücktreiben“, sagte er noch im Juli dieses Jahres. Einige Wochen später fanden die ersten Gespräche seines Innenministers Sergio Jarpa Reyes mit der – noch illegalen – Opposition statt.

Mit den Jahren seiner Herrschaft ließ Pinochet erkennen, daß sein Politik- und Staatsverständnis *ohne eigentliche ideologische Fundamente* auskommt. Sie dienen ihm gelegentlich wohl als propagandistische Abschreckung („die Kommunisten“) oder als Legitimierungshilfe zur eigenen Machtausdehnung („autoritäre Demokratie auf der Grundlage christlicher Prinzipien“). Als eine Art Ideologie-Ersatz stellte sich sein reaktionäres Staatsverständnis, sein Begriff von Herrschaft und Volk heraus. Die Reden und politischen Taten Pinochets während seiner zehnjährigen Amtszeit lassen keinen Zweifel daran, daß er das Volk lediglich als Objekt seiner Politik versteht. Man mag sich fragen, ob er das Volk aus pragmatischen Gründen der Machtsicherung von den politischen Entscheidungsprozessen fernhält oder ob die paternalistische Attitüde, für das Volk mitzudenken und zu handeln, zu seinem Amtsverständnis gehört. Jedenfalls zählt die „Entpolitisierung“ der Bevölkerung seit dem Staatsstreich bis in die achtziger Jahre zu den Grundpfeilern der politischen Strategie des Generals. In diesem Bemühen um Entpoliti-

sierung haben sich neben der Zerschlagung politischer Gruppierungen und der strengen Kontrolle gesellschaftlicher Institutionen durch den Sicherheitsdienst auch die jahrelangen staatlichen Propaganda-Versprechen zur Steigerung des Lebensstandards („jedem Chilenen sein Huhn im Topf“) bewährt. Daß nicht erst materieller Überfluß, sondern auch bereits die Konsumwünsche die Menschen vom politischen Geschehen abzulenken imstande sind, war in Chile Ende der siebziger Jahre dem gesellschaftlichen Klima anzumerken (und wurde z. B. von der katholischen Kirche mit Sorge registriert).

### Das soziale Ungleichgewicht verschärft

In die Geschichte Chiles wird Pinochet sicher nicht mit der Errichtung einer nach wie vor nebulösen „neuen Demokratie“ eingehen, sondern mit seinem in mehr als einer Hinsicht *kostspieligen Wirtschaftsexperiment*, dessen Scheitern seinen politischen Abstieg einleitete. Daß ein ansehnliches Wirtschaftswachstum das Regime nach innen und außen zu stabilisieren und in den Augen vieler auch zu legitimieren vermag, zeigten die Jahre 1979–81 in Chile. Die Militärs führten das ultraliberale monetaristische Wirtschaftsmodell des Chicagoer Wirtschaftswissenschaftlers *Milton Friedman* und seiner Schüler ein. Unter dem Motto „liberalisieren, entstaatlichen, privatisieren“ zog sich der Staat aus allen Bereichen der Wirtschaft fast vollständig zurück. Die staatlichen Unternehmen wurden – bis auf 12 – privatisiert, die Privatbanken kontrollierten Ende 1982 85 Prozent des Geldvolumens in Landeswährung (gegenüber 48 Prozent vor der Wahl Allendes 1970). Auch das Sozialversicherungssystem ging in private Hände über; die Versicherungsfonds wurden von einigen Unternehmergruppen kontrolliert. Die Zollschränken fielen innerhalb kurzer Zeit, von 90 Prozent auf 10 Prozent sanken die Zölle für fast alle Importgüter.

Die Öffnung des chilenischen Marktes führte in den Jahren 1978 bis 81 zu einem Ansteigen des Bruttosozialprodukts um durchschnittlich 7,3 Prozent. In dieser Euphorie über einen von Importartikeln überschwemmten Markt plazierte General Pinochet sein *zweites Plebiszit*. Dem enormen ausländischen Geldzufluß standen minimale Investitionen der chilenischen Wirtschaft gegenüber. Die Auslandsverschuldung stieg von 1973–81 um das Dreieinhalbfache; die Pro-Kopf-Verschuldung Chiles gehört zu den höchsten der Welt. Im Vertrauen auf den Selbstregelungsmechanismus des monetaristischen Systems sah das Regime der Rezession zunächst tatenlos zu. Ab 1982 wurde dann der Kapitalzufluß gestoppt, die chilenische Unternehmerschaft wurde zahlungsunfähig, die lange Reihe der Konkurse reißt seitdem nicht ab.

Mit dem für 1983 erwarteten Nullwachstum sinkt das reale Pro-Kopf-Einkommen. Die Bilanz des dogmatisch angewandten wirtschaftlichen Experiments ist also eine reale Verarmung der Mittel- und Unterschicht; auch die Oberschicht hat Verluste erlitten, lediglich einige Großunternehmen haben sich durch geschickte Finanzmanipulationen bereichert (zur wirtschaftlichen Situation vgl.

Ricardo French-Davis „L'expérience monétariste au Chili“, Problèmes d'Amérique Latine, Nr. 66, Paris). Dieser wirtschaftspolitische Exkurs hat Chile *verheerende soziale Folgen* beschert, nicht nur durch die Kosten seines Scheiterns, sondern durch die dem Monetarismus eigene Vernachlässigung der Sozialpolitik. Weil fiskalische Eingriffe auf ein Minimum beschränkt blieben, wurde in diesen Jahren in den sozialen Bereich kaum investiert.

Heute liegt die *Arbeitslosigkeit* nach offiziellen Angaben bei 19 Prozent, tatsächlich hat sie 30 Prozent überschritten. Beide Zahlen schließen die Beschäftigten der Mindestarbeitsbeschaffungsprogramme „PEM“ und „POJH“ (für Familienväter) ein, das sind 500 000 der insgesamt 1,2 Millionen Arbeitslosen. Sie verdienen ein bzw. zwei Drittel des staatlichen Mindestlohns, der gegenwärtig bei 69 US-Dollar liegt. Ohne Sicherheit des Arbeitsplatzes und ohne Sozialversicherung stellt diese Gruppe eine Art staatlicher unterbezahlter Tagelöhner dar. Um die *Lohnkosten* zu senken, wurden der gesetzliche Mindestlohn niedrig gehalten und die Sozialabgaben der Unternehmer reduziert. Die Reallöhne sanken in der Zeit von 1974 bis 1981 um durchschnittlich 22,4 Prozent, verglichen mit den Stand von 1970, d. h. ohne Berücksichtigung der hohen Lohnsteigerungen unter der Regierung Allende. Aus Angaben des staatlichen Statistikinstituts geht hervor, daß das soziale Ungleichgewicht in den Jahren der Militärdiktatur zugenommen hat. So lag der Konsum beim ärmsten Fünftel der Bevölkerung 1978 um 31 Prozent niedriger als 1968, die mittleren Fünftel verbrauchten zwischen 20 und 12 Prozent weniger, nur die Einkommensspitze erreichte positive Werte. Als soziale Errungenschaft des Pinochet-Regimes ist lediglich die beachtliche Senkung der Kindersterblichkeit zu nennen.

### Wiederherstellung demokratischer Grundrechte

Wie von einem Militärregime, das angetreten ist, um für Ruhe und Ordnung im Land zu sorgen, kaum anders zu erwarten, vernachlässigte Pinochet die Kultur- und Bildungspolitik so konsequent, daß Ende der siebziger Jahre unter der gewaltsam verordneten Ruhe das *kulturelle Leben* zu erlahmen drohte. Das Wort vom kulturellen Niedergang kursierte unter den Exilhilenen, die nach der Zerschlagung der politischen Kultur mit Sorge und Empörung auf die Ergebnisse restriktiver Bildungspolitik blickten. Das Grundschulsystem wurde den (ernannten) Bürgermeistern unterstellt, die höheren Schulen weitgehend privatisiert, die Universitäten erhielten militärische „delegierte Rektoren“, politisch unliebsame oder auch ältere Professoren mit hohen Bezügen wurden „aus Rationalisierungsgründen“ entlassen. Die jährlichen Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt verringerten sich auf etwa 500 Titel (1965 waren es 1500), der Import von Büchern und Zeitschriften sank auf ein Viertel (Vergleichsjahr 1970). Durch die hohe Besteuerung von Druckerzeugnissen kostete ein Buch dreimal so viel wie in den USA.

General Pinochet wollte patriotische, aber unpolitische Chilenen, Untertanen der Staatsräson, die er repräsentierte. Diesem politischen Grundverständnis widersetzte sich über die Jahre hin die katholische Kirche als einzige gesellschaftliche Kraft, die sich in der Öffentlichkeit kritisch artikulieren konnte. Bereits ein Jahr nach der militärischen Machtübernahme beschwor Kardinal *Raúl Silva Henríquez*, bis zu seinem Rücktritt im Juni dieses Jahres Wortführer des Episkopats, die „chilenische Seele“, der atheistische, sozialistische Ideologien ebenso fremd seien wie Unterdrückung, Willkür oder ein zügelloser Liberalismus. Voraussetzungen für die Rückkehr zur „chilenischen Identität“ seien Freiheit, Rechtssicherheit und die Wahrung des Glaubens (HK, November 1974, 562 f.). In zahlreichen späteren Verlautbarungen fordern die Bischöfe die Wiederherstellung demokratischer Grundrechte. Der *praktische Einsatz der Kirche* für die von der Diktatur Verfolgten hat immer wieder zu staatlichen Übergriffen geführt und der Kirche *Verleumdungskampagnen* eingebracht, die auch in europäischen Kirchen zuweilen ein offenes Ohr fanden. Mit dieser Kirche konnte Pinochet nicht gedeihlich zusammenarbeiten. Sie erwies sich als widerstandsfähiger und konsequenter Störfaktor, dem aus internationalen Rücksichten mit repressiven Methoden nicht beizukommen war. Die Kirche ließ dem Volk ihre Stimme, bis der wirtschaftliche Kollaps das Regime so schwächte, daß die *politische Opposition* das Machtvakuum nutzen konnte. Erst die gärende Unruhe in der breiten Bevölkerung konnte aber die Kräfte der in zehn Jahren annähernd atomisierten Opposition wecken. Es ist fast wie eine Ironie des Schicksals, daß in dem Augenblick, wo die politische Herrschaft Pinochets dem Ende entgegengeht, Kardinal Silva als dessen unerschrockenster Opponent, wenn es um Menschenrechte und politische Freiheiten ging, aus Altersgründen sein Amt niederlegen mußte. Und auch das ist merkwürdig: daß der Apostolische Stuhl in Erzbischof *Juan Francisco Fresno Larrain* einen Nachfolger ernannt hat, der, jedenfalls bisher, gegenüber den Militärs sehr viel weniger Vorbehalte hatte als sein Vorgänger. Es zeigt sich aber, daß der personelle Wechsel an der Spitze an der grundsätzlichen Ausrichtung des chilenischen Episkopats wenig geändert hat. Er wird als Vermittler in einer jetzt beginnenden Phase des Übergangs noch dringend gebraucht werden. Mitte September haben sich die Machtkonstellationen so verschoben, daß eine dauerhafte Rückkehr zum „Pinochetismo“ unmöglich scheint. Die gegenwärtige politische Präsenz der Opposition ist für das autoritäre Regime bereits untragbar geworden. Das blutige Niederschlagen der Demonstrationen, zu denen Pinochet im August und im September 18 000 Soldaten auf die Straße schickte, hat auch den Militärs den Ernst der Lage vor Augen geführt. Bereits angekündigte oder noch kommende Zugeständnisse des Regimes sind bestenfalls geeignet, den gewaltlosen Übergang zu einer neuen Regierung einzuleiten. Wenn damit ein Bürgerkrieg verhindert würde, wäre das eine verdienstvolle Leistung des Generals.

Gabriele Burchardt